3WIN
Institut für
Bürgergesellschaft

Öffentliche Orte – gemeinsam mit der Bürgerschaft gestalten?!

Erkenntnisse einer Kommunenbefragung in NRW und weiter führende Hinweise

28. Jan. 2025
Online-Veranstaltung

gefördert von:
Staatskanzlei
des Landes Nordrhein-Westfalen

Programmübersicht

1. Begrüßung: Dieter Schöffmann, 3WIN e.V. & Mareike Einfeld, Referat „Bürgerschaftliches Engagement" der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen
2. Kurzvorstellung „Wer ist hier?": Name, Kommune, Funktion
3. Vorstellung der Erhebungsergebnisse (Prof.'in Dr. Andrea Walter, Hochschule für Polizei und Verwaltung NRW)
4. Rückfragen & Diskussion
5. Weiter führende Hinweise zu Gestaltung öffentlicher Orte mit einer engagierten Bürgerschaft (Dieter Schöffmann, 3WIN e.V.)
6. Rückfragen & Diskussion
7. Ausblick & Abschluss

Begrüßung

Kurzvorstellung: Wer ist hier?
Name, Kommune, Funktion

„Öffentliche Orte – gemeinsam mit der Bürgerschaft gestalten?!“

Vorstellung der Erhebungsergebnisse

HSPVNRW

Öffentliche Orte - gemeinsam mit der Bürgerschaft gestalten!

Erkenntnisse aus einer Kommunenbefragung
Digital – 28. Januar 2025

Prof.'in Dr. Andrea Walter | HSPV NRW

HSPVNRW

Öffentliche Orte - gemeinsam mit der Bürgerschaft gestalten!

Erkenntnisse aus einer Kommunenbefragung
Digital – 28. Januar 2025

Prof.'in Dr. Andrea Walter | HSPV NRW

Aktivierende Befragung

Ziel und Methodik

Ziel: Einschätzungen von NRW-Kommunen zur Bedeutung öffentlicher Orte unter Mitwirkung der Bürgerschaft

Methodik

Oktober 2024: Befragung in NRW-Kommunen

(33 vollständig beantwortete Fragebögen)

- überwiegend Führungskräfte inkl. Dezernent*innen (65%)
- überwiegend kreisangehörige Gemeinden (67%)

Agenda

Herausforderung Einsamkeit mit der Bürgerschaft bewältigen?!

1. **Öffentliche Orte: Arten, Nutzungsverhalten**
2. **Einschätzungen zu Entwicklungen, Konfliktpotenzialen**
3. **Bedeutung der Bürgerschaft für öffentliche Orte: zugeschriebene Funktion und Aktivierung durch Kommune**
4. **Fazit und Diskussion**

Öffentliche, soziale oder Dritte Orte…?

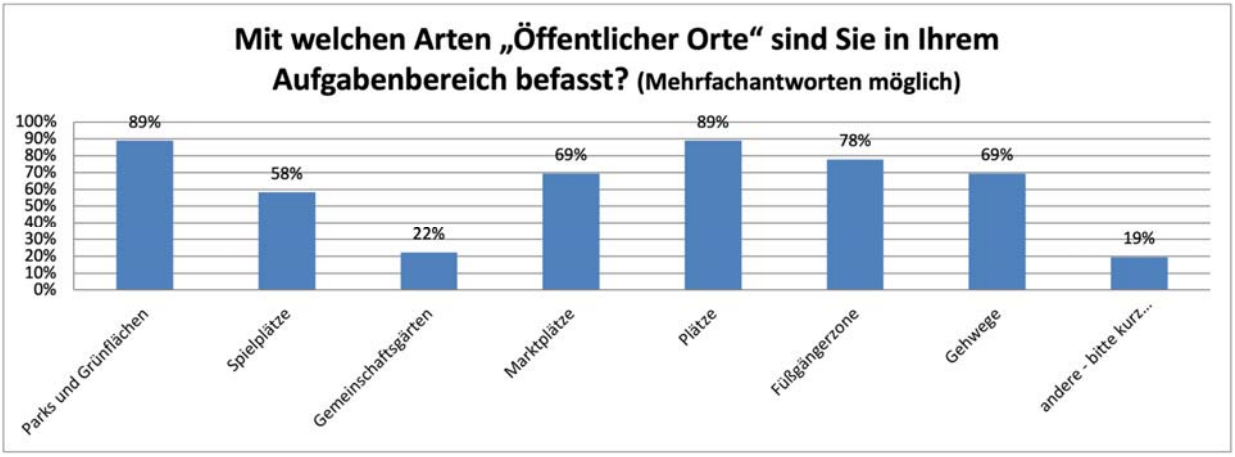
1. Öffentliche Orte: Was zeichnet sie aus?

- Begegnungsräume innerhalb des lokalen Gemeinwesens, wie Cafés
- möglichst hierarchiefrei, barrierefrei, beteiligungsorientiert, niedrigschwellig zugänglich für breite Bevölkerungsgruppen
- Dritte Orte – Konzept nach Ray Oldenburg, amerik. Stadtsoziologie

Oldenburg & Brissett (1982, S. 265)

Die Bandbreite öffentlicher Orte

1. Öffentliche Orte: Aufgabenbereiche der Befragten



Quelle: eigene Darstellung, n= 36

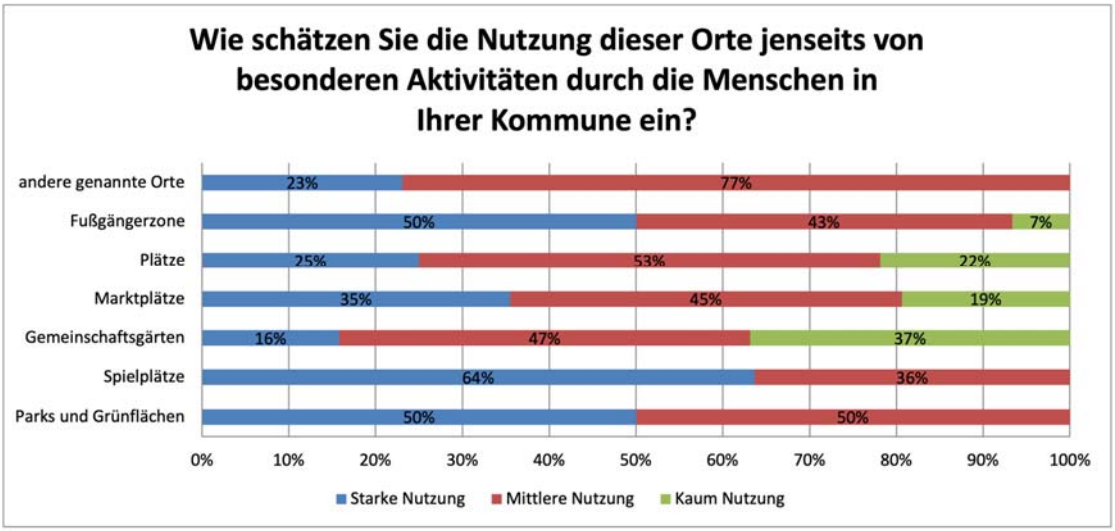
40% geben an, dass Gebäude in ihrer Kommune zu öffentlichen Orten umfunktioniert worden sind:

- Kirche, Bahnhofs- oder Schulgebäude zu Orten der Begegnung
- Kasernengebäude zu Wohngebiet

HSPVNRW

Spielplätze, Fußgängerzonen, Parks und Grünflächen vorn

1. Öffentliche Orte: Nutzungsverhalten



Quelle: eigene Darstellung, n=35

→ Orte mit niedrigschwelligem Zugang für breite Bevölkerungsgruppen

HSPVNRW

Parks und Grünflächen

2. Einschätzungen: Entwicklung öffentlicher Orte

Parks und Grünflächen: Bedeutung eher gestiegen (76%)

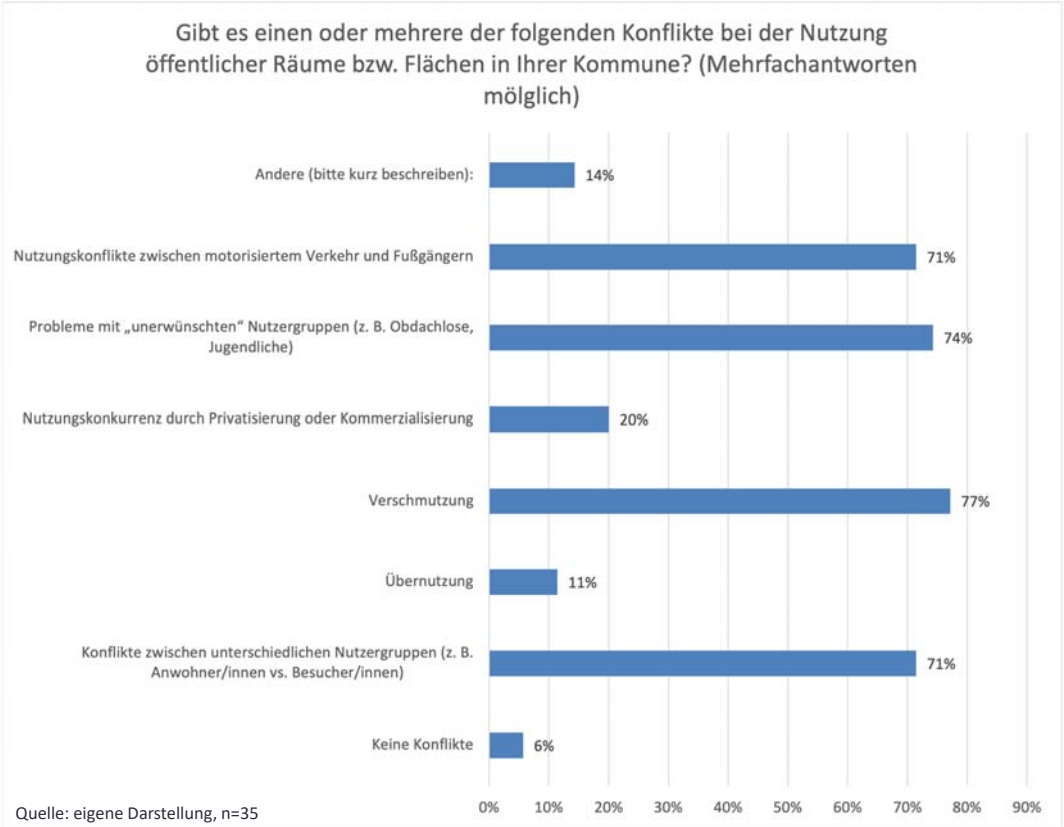
Marktplätze, städtische Plätze: gleichbleibend (65%/63%)

Marktplätze, Fußgängerzonen: eher zurückgegangen (29%/23%)

HSPVNRW

Verschmutzung und „unerwünschte“ Nutzergruppen

2. Einschätzungen: Konfliktpotential



Quelle: eigene Darstellung, n=35

Identifikation und passgenaue Angebote

3. Bedeutung der Bürgerschaft: zugeschriebene Funktion

- Identifikation mit dem Raum (88%)
- Mitwirkung ermöglicht Anpassung an lokale Bedürfnisse (67%)
- Bessere Qualität der Räume (67%)
- Stärkung sozialer Zusammenhalt (66%)

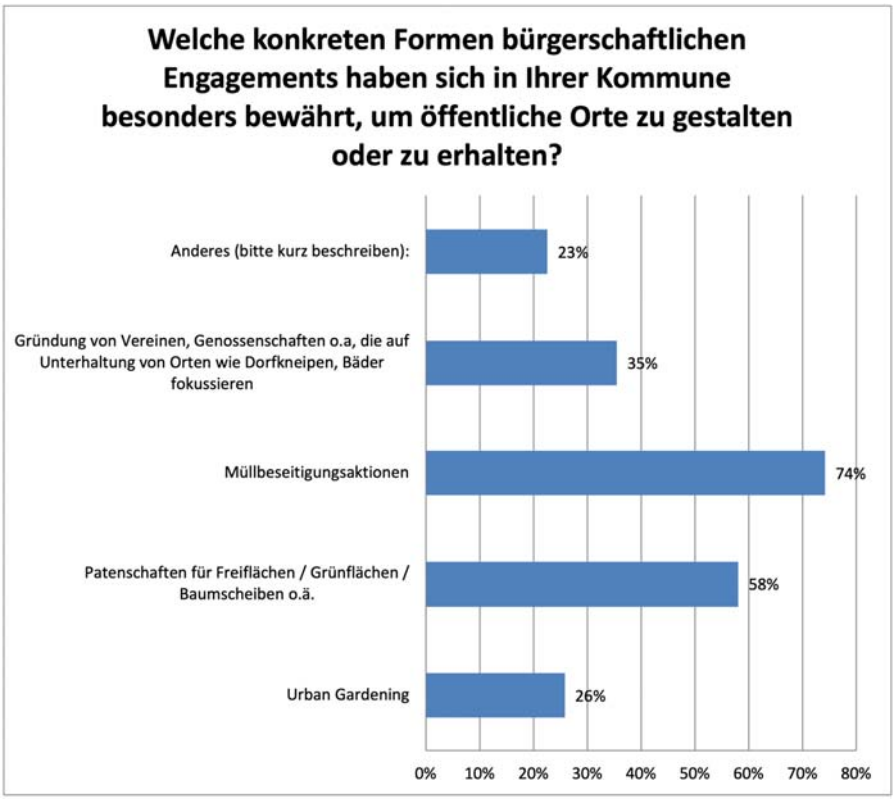
Beteiligung bei der Planung, Nutzung und Pflege

3. Bedeutung der Bürgerschaft: Formate der Mitwirkung

- Beteiligung bei der Planung und Umgestaltung bestehender öffentlicher Orte (91%)
- Beteiligung bei der Planung und Gestaltung neuer öffentlicher Orte (85%)
- Beteiligung bei der zukünftigen Nutzung und Aneignung öffentlicher Orte durch bürgerschaftliches Engagement (70%)

Von informellen Patenschaften bis zur Vereinsgründung

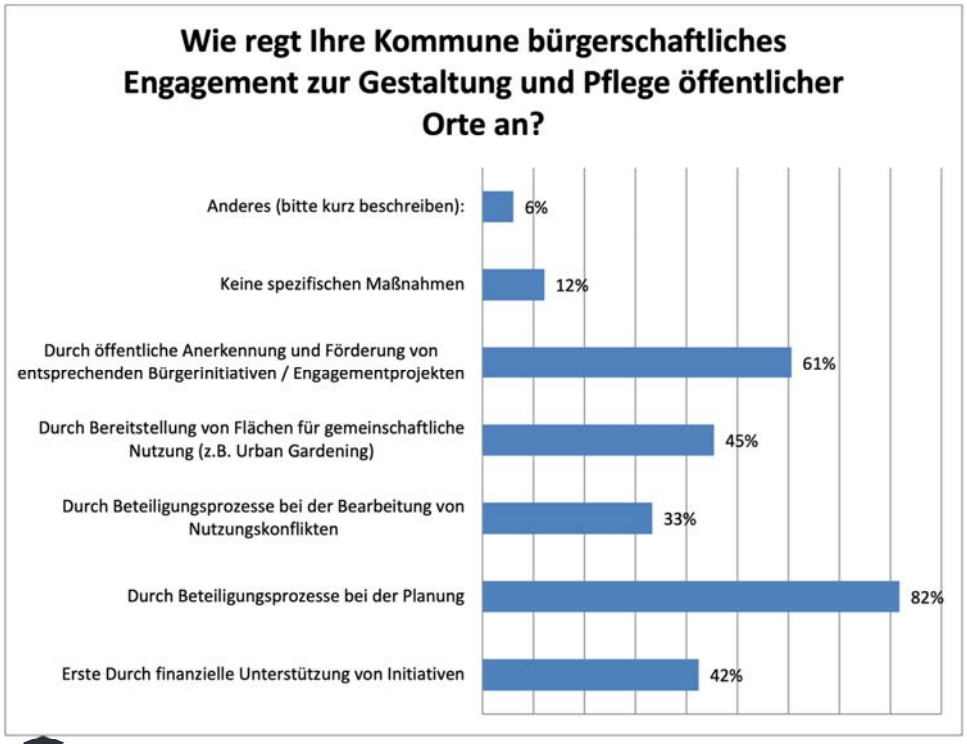
3. Bedeutung der Bürgerschaft: Engagementformen zur Gestaltung öffentlicher Orte



Quelle: eigene Darstellung, n=31

Frühe Beteiligung, Anerkennung, (finanzielle) Unterstützung

3. Bedeutung der Bürgerschaft: Aktivierung durch die Kommune



Quelle: eigene Darstellung, n=33

Schlussfolgerungen

4. Fazit

- Öffentliche Orte haben in NRW-Kommunen festen Platz
- Starke Nutzung primär bei Orten mit niedrigschwelligem Zugang
- Bürgerschaft kommt zentrale Rolle bei Planung, Gestaltung und Pflege zu
- Aufgabe der Kommunen: Anerkennung des Engagements, Ermöglichung von Beteiligung und guter Rahmenbedingungen

Impulse für die Diskussion

4. Diskussion

- Wie sollte das Zusammenspiel zwischen Kommune und Bürgerschaft bei öffentlichen Orten künftig sein?

- Wie gelingt künftig Beteiligung und Umwandlung von Gebäuden zu Dritten Orten, wenn die finanziellen Mittel knapper werden?
- Wie können mögliche Konflikte von Anfang an mitgedacht werden, so dass sie möglichst kaum auftreten?

Literatur

Oldenburg, R., Brissett, D. (1982). The third place. In *Qual Sociol* (5), 265–284.

HSPVNRW

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Dieter Schöffmann
3WIN e.V. Institut für Bürgergesellschaft
info@3win-institut.de

Prof. Dr. Andrea Walter
HSPV NRW
andrea.walter@hspv.nrw.de

HSPVNRW

Weiter führende Hinweise zu Gestaltung öffentlicher Orte mit einer engagierten Bürgerschaft

Dieter Schöffmann, 3WIN e.V.

Ko-Produktion öffentlicher Orte: erweiterte Dimension der Bürgerbeteiligung

„Stufen der Beteiligung“

https://www.beteiligen.sachsen.de/die-stufen-der-buergerbeteiligung-7362.html#a-10937

Die Partizipationsstufen nach Sherry Arnstein.

https://www.govocal.com/de/blog/stufen-der-buergerbeteiligung-die-partizipationsleiter?lang=de

„Stufen der Beteiligung“ – z.B. Köln

Information

Die Öffentlichkeit kann sich über Planungen oder Entscheidungen informieren, sie nimmt aber keinen Einfluss darauf.

Die Kommunikation verläuft in der Regel einseitig.

Anhörung, Beratung

Die Öffentlichkeit kann zu einem vorgelegten Entwurf oder einer Frage Stellung beziehen.

Die Stellungnahme wird von verantwortlicher Stelle vor der Entscheidung gehört.

Die Kommunikation erfolgt in einem eng definierten Schema wechselseitig.

Mitgestaltung, Mitverantwortung

Die Öffentlichkeit gestaltet eine Planung oder eine Entscheidung aktiv mit. Sie bringt sich mit eigenen Vorstellungen inhaltlich ein.

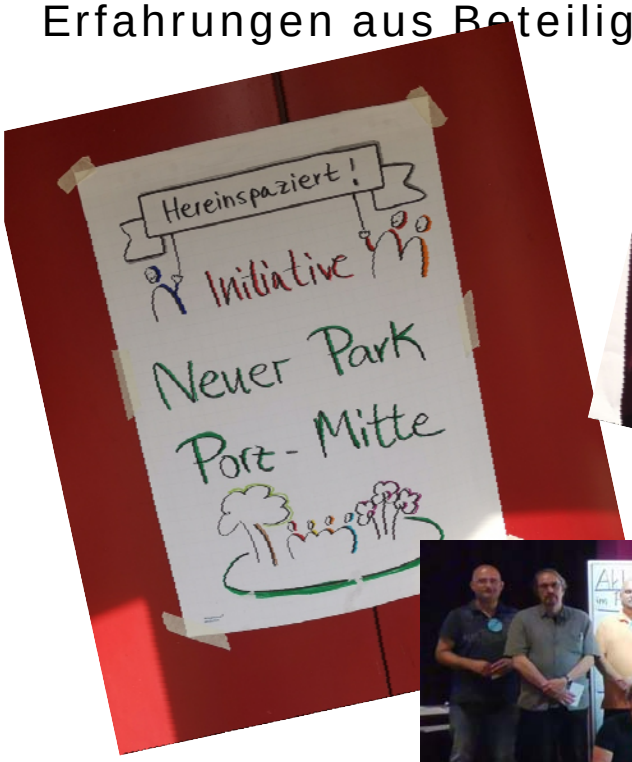
Das führt zu einer inhaltlichen Beeinflussung und Mitverantwortung. Das Entscheidungsgremium lässt die Ergebnisse in den Abwägungsprozess einfließen.

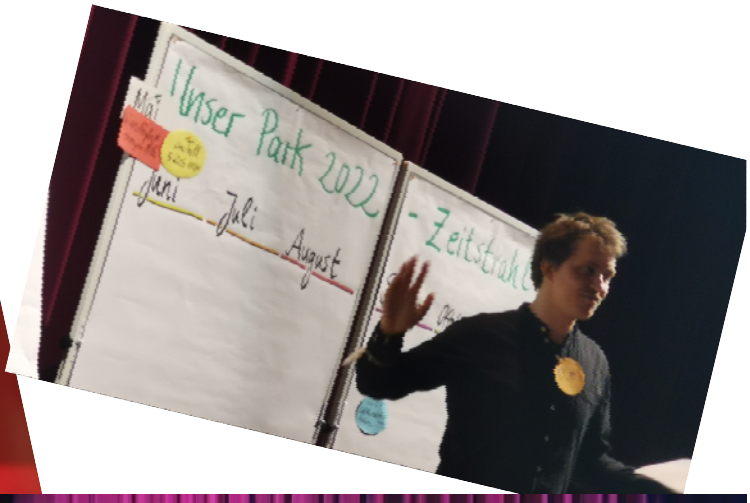
Die Kommunikation erfolgt in offener Weise wechselseitig.

Erfahrungen aus Beteiligungsverfahren

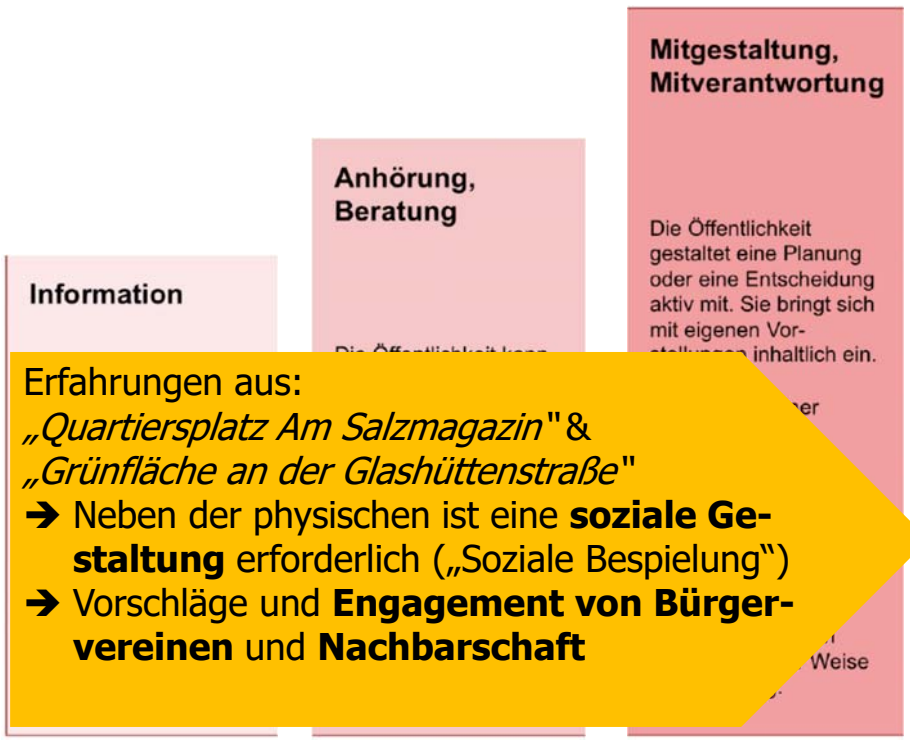
Erfahrungen aus Beteiligungsverfahren

Erfahrungen aus Beteiligungsverfahren





„Stufen der Beteiligung“ – z.B. Köln



Erfahrungen aus:
„Quartiersplatz Am Salzmagazin" &
„Grünfläche an der Glashüttenstraße"

➔ Neben der physischen ist eine **soziale Gestaltung** erforderlich („Soziale Bespielung“)

➔ Vorschläge und **Engagement von Bürgervereinen** und **Nachbarschaft**

Praktische (längerfristige) Mit-Verantwortung und -gestaltung

Ko-Produktion von Stadtentwicklung: Bürgerinitiative, bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligen- bzw. ehrenamtliche Arbeit

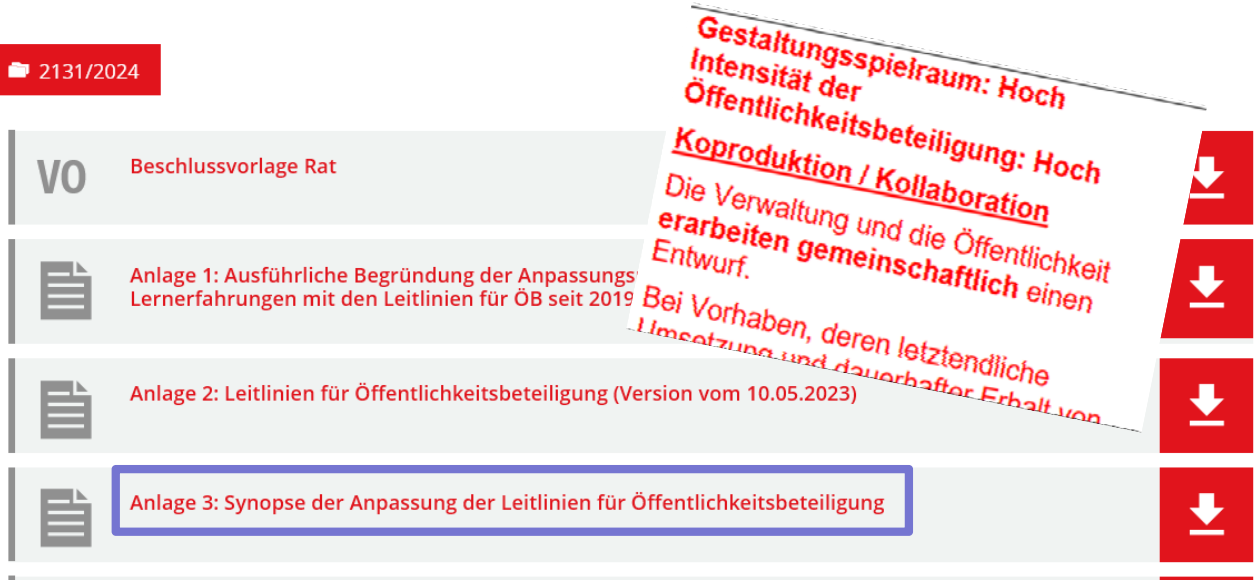
Leitfrage im Beteiligungsprozess:
„Was kann ich, was können wir selbst für die Umsetzung tun?"

Ratsbeschluss zur Erweiterung der Beteiligungsdimensionen

Ö 10.5 **Flächendeckende Umsetzung der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung ab 1. November 2025**

Beschluss: ungeändert beschlossen

2131/2024



https://ratsinformation.stadt-koeln.de/si0057.asp?__ksinr=29385

Herausforderung: „Kommunales *‚Meta-Engagementmanagement‘*“

Engagementmanagement & -koordination der Engagementorganisationen

Engagementmanagement | **Engagementkoordination**

Strategisch
- Selbstverständnis / Identität, Leitbild, Organisationsstrategie & -kultur
- Verortung in der Aufbau- & Ablauforganisation
- Verhältnis Haupt- & Ehrenamt
- Leitlinien, Rahmenbedingungen & Investment
- …

Operativ
- Persönliche/r Ansprechpartner/in
- Gewinnung
- Bindung & Entwicklung
- Anerkennung
- …

Meta-Engagementmanagement der Kommune

Strategie

-> Engagementstrategie für das Land NRW
-> 2. Engagementbericht der Bundesregierung

Rahmendedingungen

-> Wertschätzung & Anerkennung
-> Förderung
-> Qualität des Engagementmanagements zivilgesellschaftlicher Organisationen

©DOC RABE Media - Fotolia

Engagement-landschaft

-> Monitoring – Lücken?
-> Engagemententwicklung anregen

Infrastruktur

-> Engagementmittler (Freiwilligenagenturen u.a.m.
-> Beratung für Engagementorganisationen wie auch für Engagementinteressierte

Zentrale Befunde des Vierten Engagementberichts und Stellungnahme der Bundesregierung.....
Ungleiche Zugangschancen im freiwilligen Engagement .....
Zur Relevanz des Themas.....
Schwellen im Engagement überwinden.....
Einfluss sozialer Ungleichheit auf freiwilliges Engagement reduzieren 18

Bürgerbeteiligung & Bürgerengagement: Integratives Verständnis, Kooperation bzw. Schnittstellenmanagement der Verwaltung

Stadt Leipzig

Leipzig weiter denken

Auf dem Weg zur nachhaltigen Stadt

Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement „Leipzig weiter denken“

BBE-Arbeitsgruppe „Kommune und Engagement“
07. Juli 2022, 14:00 – 16:00 Uhr
Silvia Haas, Leitung Koordinierungsstelle

Stadt Leipzig

Thesen zur Diskussion

Leipzig weiter denken

Koo und „Lei

1. Bürgerbeteiligung wird in der Regel durch eine Kommune initiiert, gestaltet und - gewollt oder ungewollt - geprägt. Bürgerengagement ist selbstbestimmt, eigeninitiiert und anders motiviert. „Jede Beteiligung ist Engagement, aber nicht jedes Engagement ist Beteiligung."
2. Verwaltung und Zivilgesellschaft besitzen unterschiedliche Ressourcen, Fähigkeiten und Legitimation. Ein Zusammenwirken im Sinne von Ko-Produktion nutzt letztendlich allen. Welche Stellschrauben aus der Praxis gibt es, damit das Zusammenwirken gelingt?
3. Beteiligungsansätze sind informeller Natur, also letztlich nicht verbindlich. Das mag Menschen davon abhalten sich zu engagieren. Dennoch setzt informelle Beteiligung oft da an, wo überhaupt keine formellen Verfahren geplant /notwendig sind und/ oder werden zunehmend auch formellen Verfahren vorgeschaltet.
   Wie schafft man Verbindlichkeit für den Umgang mit den Ergebnissen informeller Prozesse und welchen Beitrag leistet hier bürgerschaftliches Engagement?

Ausblick

Weitere Erhebungsthemen:

- „Einsamkeit begegnen & ‚sorgende Gemeinschaften'"
- „Politik- & Demokratieverdruss"
- „Öffentliche Orte & Begegnung"
- „Klimawandel"
- „Daseinsvorsorge"

Möglichkeiten der Vertiefung und des weiteren Austauschs:

Kommunen-Netzwerk: engagiert in NRW
(www.engagiert-in-nrw.de/kommunen-netzwerk-engagiert-nrw)

AG „Kommune und Engagement" des „Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement"
(www.b-b-e.de/kommune/)

Quellenhinweise

Ratsbeschluss zur Erweiterung der Beteiligungsdimensionen:
https://ratsinformation.stadt-koeln.de/si0057.asp?__ksinr=29385

Engagementstrategie für das Land NRW:
https://www.engagiert-in-nrw.de/engagementstrategie

Zweiter Engagementbericht der Bundesregierung:
https://www.bmfsfj.de/resource/blob/115624/d6da5ce2163c59600f48a7a5d360a3b2/2-engagementbericht-und-stellungnahme-br-data.pdf

Vierter Engagementbericht der Bundesregierung:
https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/ministerium/berichte-der-bundesregierung/engagementbericht-250332

Lokale Engagementstrategien entwickeln – Leitfaden …:
https://www.fes.de/kommunalakademie/blogseite-kommunalakademie/leitfaden-lokale-engagementstrategien-entwickeln

Institut für
Bürgergesellschaft

Öffentliche Orte – gemeinsam mit der Bürgerschaft gestalten?!

Vielen Dank für Ihre Teilnahme!

E-Mail: info@3win-institut.de
Web: www.3win-institut.de

Anlage:

Protokoll der BBE-AG Kommune & Engagement vom 07. Juli 2022 mit dem Schwerpunktthema *„Integratives Verständnis von (vorhabenbezogener) Bürgerbeteiligung und (selbstermächtigtem) Bürgerengagement“*

BBE-Arbeitsgruppe „Kommune und Bürgerschaftliches Engagement“

DO 07. Juli 2022 | Protokoll[1]

Moderation: Ute Bertel

Protokoll: Dieter Schöffmann – Redaktionelle Bearbeitung & Verbesserung des Schwerpunktteils: Claudia Gorihs, Stadt Leipzig

Anhang: Präsentation

Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Ute Bertel, Stadt München * Andreas Bläse, DLRG Bundesverband * Anne Deutsch, Mehrgenerationenhaus - Bundesnetzwerk * Nele Groth,, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung * Silvia Haas, Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement * Uwe Hellwig, Deutscher Verein – Arbeitsfeld 4 – Alterspflege – Sozialplanung / Wohnen * Franziska Kalkbrenner, Stadt Leipzig, Koordinierungsstelle "Leipzig weiter denken" * Gabriele Martin, BMEL, Zivilgesellschaft in ländlichen Räumen * Annette Reus, Stadt Hannover * Elke Schilling, Silbernetz e.V. * Dieter Schöffmann, VIS a VIS * Dietrich Herrmann, Sächs. Ministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung

TOP 1: Begrüßung & Vorstellung neuer AG-Mitglieder

TOP 2: Schwerpunktthema: Integratives Verständnis von (vorhabenbezogener) Bürgerbeteiligung und (selbstermächtigtem) Bürgerengagement

Welche Nutzenargumente und Gelingensfaktoren gibt es für ein integratives Verständnis von Bürgerbeteiligung bei kommunalen Vorhaben und das selbstermächtigte bzw. ko-produktive bürgerschaftliche Engagement und wie kann eine entsprechende Verankerung in der Kommunalverwaltung aussehen? Mit diesem Schwerpunkt wird die Diskussion unserer AG-Sitzung vom 30. März 2021 fortgesetzt.

Zum Einstieg in die Diskussion wird als gutes Praxisbeispiel die **Koordinierungsstelle „Leipzig weiter denken“** vorgestellt[2] mit ihren praktischen Erfahrungen hinsichtlich der Chancen und Herausforderungen, Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung zusammen zu denken.

Vorstellung der Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement der Stadt Leipzig

Silvia Haas, Leiterin der Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement, präsentiert die Entstehungsgeschichte, die Rahmenbedingungen und Funktionsweise ihres Sachgebietes und legt einige Thesen für die weitere Diskussion in unserer AG vor. Details aus dem Input können der anliegenden Präsentation entnommen werden. Aspekte von besonderer Bedeutung für das Schwerpunktthema der Sitzung sind:

---

[1] Anmerkung der BBE-Geschäftsstelle: Die BBE-Geschäftsstelle kommuniziert grundsätzlich in gendersensibler Sprache. Dieses Protokoll ist auf Wunsch des Verfassers in geschlechtergerechter Sprache veröffentlicht.

[2] https://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/buergerbeteiligung-und-einflussnahme/leipzig-weiter-denken/

Engagement und Beteiligung zusammenbringen (Folie 8)

Das integrative Verständnis von Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement knüpft an den Arbeitsfeldern der Koordinierungsstelle an. In beiden Arbeitsschwerpunkten geht es darum, den Zusammenhang von Bürgerbeteiligung und bürgerschaftlichem Engagement in der Verwaltung zu kommunizieren und anhand von Beispielen verständlich zu machen. Dabei verfolgt die Koordinierungsstelle strukturell folgende Ansätze:

- Gemeinsame Schnittstellen in die Verwaltung hinein: u.a. über das Stadtbüro, einen öffentlichen Ort, in dem Beratung und Information zu Themen der Stadtentwicklung, Bürgerbeteiligung und Bürgerschaftlichem Engagement stattfinden. Das Stadtbüro wird von der Koordinierungsstelle „Leipzig weiter denken“ gemeinsam mit dem Referat Kommunikation und der Abteilung Planinformation und Öffentlichkeitsarbeit des Stadtplanungsamtes betrieben.
- Interne Koordinierungsfunktion: über die verwaltungsinterne „AG Engagement“. In dieser AG findet eine dezernatsübergreifende Verständigung und Verzahnung der Themen Beteiligung und Engagement statt:
  - Landesförderung wird als städtisches Instrument einer strategischen Engagementförderung und der Verzahnung von Engagement und Beteiligung in Leipzig genutzt und über die „AG Engagement“ koordiniert (Kommunales Ehrenamtsbudget und Landesförderrichtlinie Bürgerbeteiligung)
  - Nach gemeinsamer Diskussion werden gesamtstädtische Formate wie die Engagement.Messe, der Engagement.Campus oder der Engagement.Impuls erprobt.
- Betreuung des trialogisch mit Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft besetzten Gremiums „Forum Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement“. Dieses beschäftigt sich regelmäßig mit Fragen zur Qualifizierung von Bürgerbeteiligung und bürgerschaftlichem Engagement in Leipzig (vgl. https://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/buergerbeteiligung-und-einflussnahme/leipzig-weiter-denken/forum-buergerbeteiligung-und-buergerschaftliches-engagement).
- Erarbeitung einer abgestimmten Engagementstrategie für die ganze Stadt und über alle Dezernate hinweg: Bisher fehlt eine solche Strategie; auch hierbei soll die Verzahnung von Beteiligung und Engagement untersetzt werden.
- Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit für Beteiligung und Engagement (Newsletter, Infomails).

Folgende positive Erfahrungen und Herausforderungen, die sie identifiziert haben, möchte Frau Haas an die BBE-AG weitergeben: (Folie 9)

- Positiv ist die Existenz einer zentralen Koordinierung für die beiden Themen „Engagement“ und „Beteiligung“. Eine solche Stelle trägt dazu bei, dass eine entsprechende Kultur in der Verwaltung aufgebaut und etabliert werden kann. In einer großen Stadtverwaltung wie Leipzig muss allerdings durch die Koordinierungsstelle sehr viel Arbeit nach innen stattfinden – mit Unterstützungs- und Beratungsleistungen.
- Gut läuft die Öffentlichkeitsarbeit, die seit 2012 kontinuierlich auf- und ausgebaut wird. Dies wird auch von der Öffentlichkeit und Politik eingefordert. Transparenz ist ein großes Thema und manchmal auch ein Problem. Gerade bei großen Verfahren, die über viele Jahre gehen, ist es sehr aufwendig, dran zu bleiben und immer gut zu kommunizieren.
- Von Vorteil ist die Arbeitsgruppe innerhalb der Verwaltung, die über alle Dezernate und Ämter hinweg besetzt wird und so für einen regelmäßigen fachübergreifenden Austausch sorgt.
- Das „Forum Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement“ erscheint als sehr guter Ansatz – auch wenn hier noch nicht so viele Erfahrungen gesammelt werden konnten, da es das Forum erst seit Ende 2019 gibt. Mit dem dort generierten In- und Output können Verfahren der Beteiligung und Engagementförderung weiter qualifiziert werden.

Herausforderungen (Folie 10)

- ❑ Eine große Herausforderung besteht darin, die Querschnittsthemen „Beteiligung“ und „Engagement“ immer wieder gut innerhalb der Verwaltung nachzuhalten, zu bespielen, ein Bewusstsein für diese Querschnittsaufgaben zu schaffen und zu erhalten. Eine Verwaltung ist per se versäult aufgestellt und arbeitet in ihren Fachbereichen. Um dies zu überwinden, braucht es Ressourcen, Offenheit und einen langen Atem.
- ❑ Bei vorhandenen Förderstrukturen besteht aktuell das Problem, dass eine Definition und Abgrenzung beider Themenbereiche voneinander nötig ist - dabei lassen sich Beteiligung und bürgerschaftliches Engagement häufig nicht klar trennen. So wird der Bedarf für einen Förderansatz gesehen, mit dem gemeinwohlorientierte Lösungen gefunden werden, anstelle von getrennten Förderlogiken für „Beteiligung“ und „bürgerschaftliches Engagement“.
- ❑ Eine weitere Herausforderung besteht darin, mit den Eigenlogiken der zusammenarbeitenden Strukturen gut umzugehen. Denn sie sind auf ein sehr gutes Miteinander angewiesen – nicht nur innerhalb der Verwaltung, sondern auch mit der Zivilgesellschaft. Es gibt unterschiedliche Arbeitszeiten, Tempi und Funktionsweisen und auch verschiedene Sichten auf Aufgaben: Die Stadtverwaltung ist angehalten, eine gesamtstädtische Strategie zu verfolgen. Es gibt hier oft strategische Konzepte im Hintergrund. z.B. für Sitzbänke. Aus Sicht eines Bürgervereins jedoch, der sich für ein gutes Miteinander im Stadtteil engagiert, ist es oft nicht verständlich, warum es jetzt z.B. nicht möglich sein soll, hier mal gerade eine Bank aufzustellen. So besteht oft das Problem, dass man eigentlich gemeinsam das gleiche Ziel verfolgt, aber in den Arbeitsweisen und den Strukturen anders tickt. Das gilt es stets zu berücksichtigen und erfordert gute Kommunikation.

Thesen (Folie 11)

Folgende drei Thesen werden zur Diskussion gestellt:

1. Bürgerbeteiligung wird in der Regel durch eine Kommune initiiert, gestaltet und - gewollt oder ungewollt - geprägt. Bürgerengagement ist selbstbestimmt, eigeninitiiert und anders motiviert. „Jede Beteiligung ist Engagement, aber nicht jedes Engagement ist Beteiligung.“
2. Verwaltung und Zivilgesellschaft besitzen unterschiedliche Ressourcen, Fähigkeiten und Legitimation. Ein Zusammenwirken im Sinne von Ko-Produktion nutzt letztendlich allen. Welche Stellschrauben aus der Praxis gibt es, damit das Zusammenwirken gelingt?
3. Beteiligungsansätze sind informeller Natur, also letztlich nicht verbindlich. Das mag Menschen davon abhalten, sich zu engagieren. Dennoch setzt informelle Beteiligung oft da an, wo überhaupt keine formellen Verfahren geplant/notwendig sind und/oder werden zunehmend auch formellen Verfahren vorgeschaltet. Wie schafft man Verbindlichkeit für den Umgang mit den Ergebnissen informeller Prozesse und welchen Beitrag leistet hier bürgerschaftliches Engagement?

Diskussion –Fragen / Antworten / Themen

Rückfragen zu Leipzig:

Die Koordinationsstelle ist rein verwaltungsseitig angelegt. Inwieweit ist eine Ergänzung um einen stadtgesellschaftlichen Teil angedacht, wie es in Potsdam und Köln zum Beispiel der Fall ist?
Hinsichtlich der Gestaltung öffentlicher Räume gibt es z.B. in Köln die Erfahrung, dass die bürgerschaftlich engagierte Aneignung des öffentlichen Raums nicht Gegenstand von raumbezogenen Beteiligungsverfahren ist – was aber wichtig wäre. Gibt es hierzu ähnliche Erfahrungen in Leipzig?

Die Koordinierungsstelle ist rein verwaltungsintern besetzt, pflegt aber einen sehr engen Kontakt zur Freiwilligen-Agentur. Alle gesamtstädtischen Formate werden immer mit diesem Partnern realisiert. Enge Kontakte zur Zivilgesellschaft ergeben sich auch, weil die Koordinierungsstelle aus dem Kontext der Stadtplanung kommend mit Stadterneuerung zu tun haben. Hier geht es darum, im Quartier, mit Initiativen, Vereinen, Verbänden zusammenzuarbeiten, die sich genau bei Prozessen wie z.B. bei Gestaltung öffentlicher Räume einbringen. (zu 2). Weiterhin besteht enger Kontakt zu Akteuren und Ansätzen, die in Richtung Community Organizing gehen, Projekte, die in diese Richtung gestartet sind.

Gibt es neben der AG in der Verwaltung auch eine Verankerung des Themas in der Ratsstruktur?

Die Gründung des Forums geht auf einen Beschluss der Ratsversammlung zurück. Es ist besetzt mit Amtsleitungen und Kolleginnen und Kollegen aus den Bereichen, die die meisten informellen Beteiligungsverfahren durchführen und mit je einer Vertretung aus den Ratsfraktionen. Schließlich sind Vertreterinnen und Vertreter aus der Zivilgesellschaft dabei.
Dieses Forum ist kein klassischer Ausschuss und auch kein Gremium analog zur städtischen Satzung. Es hat also keinen beschließenden Charakter. Es ist ein informelles Gremium. Hier findet aber der übergreifende Austausch statt.

Gibt es vergleichbare Koordinierungsstellen auch z.B. in Niedersachsen?

Frau Haas verweist auf die Übersicht zu Kommunen mit Leitlinien zu Bürgerbeteiligung, die das Netzwerk Bürgerbeteiligung veröffentlicht (https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/kommunale-beteiligungspolitik/sammlung-kommunale-leitlinien/browse/4/). Die meisten der dort gelisteten Städte müssten auch über Koordinierungsstellen verfügen.

Zum trialogischen Forum: Wie ist man in Leipzig an die Personen aus der Zivilgesellschaft gekommen?

Hier gibt es keinen Königsweg, Es hängt letztlich davon hab, zu was das Gremium genau eingerichtet wird. In Leipzig hat das Gremium v.a. zwei Aufgaben: Beteiligungskonzepte großer mehrstufiger Verfahren diskutieren, bevor sie in die Dienstberatung des Oberbürgermeisters gehen und zu einer Engagementstrategie beraten. Vor diesem Hintergrund war es am Anfang nicht so einfach zu überlegen, wer idealer Weise dem Gremium angehören sollte. Da angesichts der begrenzten Zahl der Plätze nicht alle Zielgruppen eingebunden werden konnten, hat man sich dafür entschieden, die Plätze mit Personen zu besetzen, die besondere Kenntnisse aus Beteiligungsverfahren oder der Engagementförderung mitbringen. Die Besetzung erfolgt nicht durch Organisationen, sondern durch Personen, die dann vom Oberbürgermeister für die Dauer von drei Jahren berufen werden. Es sind auch Vertreter von Vereinen dabei – aber jeweils als Personen, die sich z.B. in einem sehr langen mehrstufigen Beteiligungsverfahren ursprünglich als interessierte Bürger/innen eingebracht und über die Jahre sehr viel Wissen angesammelt und Engagement in diesem Bereich geleistet haben. Es gibt andere Kommunen, die diese Positionen öffentlich ausschreiben, also die Bürgerinnen und Bürger einladen, sich zu bewerben. Somit gibt es also ganz verschiedene Ansätze, wie hier vorgegangen wird. Es hängt letztlich davon ab, welche Aufgaben das Gremium erfüllen soll und wie seine Arbeitsweise ist.

Welche Strategie gibt es, dass Beteiligung von vorneherein in der Verwaltung mitgedacht wird?

Es gibt verschiedene strukturelle Ansätze, mit denen die Koordinierungsstelle die Möglichkeit hat, auf Projekte zu schauen, ob eine Beteiligung geplant ist. Ggf. kann sie Hinweise geben, dass eine Beteiligungsverfahren sinnvoll bzw. notwendig wäre. Ist die Koordinierungsstelle gut in der Verwaltung etabliert und das Bewusstsein in der Verwaltung für Beteiligung geschärft, wird die Koordinierungsstelle von Fachbereichen proaktiv angefragt. Die weitere Option einzuhaken besteht im klassischen Vorlagenwesen. Die Koordinierungsstelle kann intervenieren, bevor Vorlagen in die Dienstberatung des Oberbürgermeisters gehen bzw. im Mitzeichnungsverfahren auf Veränderungen hinwirken.

Beim Aufbau einer Beteiligungskultur braucht es einen langen Atem. Sofern die Beteiligung nicht verordnet wird, muss die in der Verwaltung fachlich zuständige Person einen gewissen Sinn darin sehen. Sie muss selber mal erlebt haben, was ihr das in ihrer Arbeit bringt, warum sich dieser zunächst zusätzliche Aufwand lohnt.

Für einen Fachplaner kommt die Aufgabe „Beteiligung“ immer zusätzlich on top neben den eigentlichen Aufgaben. Für die Koordinierungsstelle besteht die Aufgabe darin, früh ins Gespräch zu gehen und zu beraten und Informationen bereit zu stellen, damit nicht bei Null angefangen werden muss.. So bietet die Koordinierungsstelle hier eine erleichternde Infrastruktur. Ihr Ansatz ist zu schauen, wie sie durch unterstützende Funktionen zum Beteiligungsverfahren ermutigen kann und zu schauen, an welchen Stellen sie in den Verwaltungsabläufen einhaken muss, damit die Beteiligungsperspektive berücksichtigt wird.

Wie gelingt es, spezifische Zielgruppen zu erreichen?

Die Koordinierungsstelle profitiert von den Erfahrungen der letzten zehn Jahre Kommunikation und Zielgruppenansprachen. Sie arbeiten schon lange an Strukturen, die dauerhaft informieren: Newsletter, Infomail. So findet eine dauerhafte Bespielung statt. Wer sich für diese Themen interessiert, bekommt auch mit, was ansteht und beteiligt sich dann auch. Ganz viel ist themenbezogen, wo das Wissen über die vorhandene Vereinslandschaft vorhanden ist. Bei einer Vereins- / Verbandsbeteiligung können sie jeweils Hinweise geben, wer hier zu beteiligen wäre.

Es gibt erste Erfahrungen mit der Zufallsauswahl. Hiermit bekommt man noch mal einen anderen Querschnitt der Stadtgesellschaft in ein Beteiligungsverfahren.

Onlinebeteiligung: Hier steigen die Rücklaufzahlen immer mehr an. Vor ein paar Jahren wurde mit dem Masterplan Grün das Sächsische Beteiligungsportal von der Stadt Leipzig erstmals genutzt. Da waren es 1.500 Teilnehmende. Seitdem steigen die Zahlen der Teilnehmenden bei Onlineverfahren kontinuierlich (z.B. Radverkehrsentwicklungsplan).

Wie werden in Beteiligungsprozessen ältere bis hochaltrige Menschen einbezogen?

Sie haben auch noch nicht alles ausprobiert. Diese Frage kann man gut auf andere Zielgruppen übertragen. Dies ist ein Inklusionsthema an sich. Sie sind hier noch auf dem Weg.
Sie versuchen immer genau themenbezogen zu schauen: Um was geht es? Wer muss hierzu jeweils notwendig eingeladen werden? Zum Erreichen der entsprechenden Zielgruppen gehen sie teilweise über die Verbände.

Schlussfolgerungen aus der Diskussion - Empfehlungen

Welche Empfehlungen gibt es für Kommunen, die sich evtl. auf den Weg machen wollen, eine solche Koordinationsstelle einzurichten oder eine solche Stelle schon haben (und vielleicht Verbesserungsbedarf sehen)?

Aus der Leipziger Erfahrung:

Stellen mit Querschnittsaufgaben sind eng an die gesamtstädtische Strategien anzubinden (in Leipzig das Integrierte Stadtentwicklungskonzept). Es ist wesentlich, die direkte Verbindung zwischen den Querschnittsthemen und den in dem Konzept formulierten Zielen der Stadt herzustellen und darzulegen, wie die Querschnittsthemen hierauf einzahlen. Querschnittsthemen haben bei einer Stadtverwaltung, die versäult arbeitet, immer das Problem, dass sie eine gewisse Legitimation haben müssen. Eine solche Legitimation kann ein gesamtstädtisches Stadtentwicklungskonzept bieten.

Es braucht Überzeugungskraft und eine gute Darstellung des Mehrwerts, der von dem Querschnittsthema erwartet werden kann.

Hinsichtlich der **Ansiedlung von Koordinierungsstellen** sind unterschiedliche Aspekte und lokale Gegebenheiten zu berücksichtigen:

- Bei einer Ansiedlung „weit oben“ besteht die Gefahr, dass die die Offenheit für Impulse aus der Zivilgesellschaft, aus anderen Dezernaten oder von weiteren Akteuren geringer ist.
- In **Leipzig** ist die Koordinierungsstelle als Sachgebiet in der Stadtentwicklungsplanung angesiedelt, die auch das Integrierte Stadtentwicklungskonzept erarbeitet und umsetzt. Sie ist damit Verortung im Stadtplanungsamt. Es besteht aber die essentielle Notwendigkeit eines „guten Drahts“ nach oben. Es braucht eine Vergewisserung, dass gemeinsam mit der Stadtspitze agiert wird.
- Erfahrung aus **München**: Kommunen haben unterschiedliche Geschichten. In Leipzig hat Bürgerbeteiligung in der Verwaltung eine lange Geschichte. In München gibt es schon lange das Thema Bürgerengagement. Auch da gab es die Diskussion, ob die gesamtstädtische Koordinierung weiterhin im Direktorium sein soll oder nicht besser dort angesiedelt ist, wo das meiste Engagement stattfindet, nämlich im Sozialbereich. Da hat sich der Stadtrat damals entschieden: Nein, es braucht die gesamtstädtische Sichtweise. Sonst würde es für die Menschen, die mit einer Idee kommen, die nicht irgendwie in den Fachbereich reinpasst, schwierig. Im Sozialbereich ist z.B. die Anlaufstelle für das Unternehmensengagement angesiedelt. Wenn dann im Gespräch mit Unternehmen Projektbeispiele genannt werden, sind es immer soziale Projekte, wobei es genauso auch Projekte im Umwelt- oder anderen Bereich gibt oder geben könnte. Vor dem Hintergrund dieser Geschichte sollte die Fachstelle Öffentlichkeitsbeteiligung jetzt auch im Direktorium angesiedelt werden, aber nicht als separierte Struktur, sondern in das gleiche Sachgebiet, in dem sich auch das bürgerschaftliche Engagement befindet.

Zwischenfazit: Konzepte für die gelungene Koordinierung lassen sich in der Regel nicht 1:1 übertragen, jedoch lässt sich auf Erfahrungen aufbauen. Bedeutsam ist aber auch, welche "Tradition" es bereits gibt, im Sinne von: Wie die Strukturen mit den Themen gewachsen sind. Somit gibt es keine allgemein gültige Blaupause.

Empfehlungen aus der weiteren Diskussion:

Wenn an der **Förderung von Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement in getrennten Ressorts** gearbeitet wird, bestehen besondere Herausforderungen. Synergien zwischen Bürgerbeteiligung und Engagement zu schaffen, erfordert also Zusammenarbeit bzw. auf Synergie ausgerichtete passende Strukturen und Förderlogiken. Ansatzpunkt sollte hier die Leitlinie einer partizipativen Gemeinwohlorientierung sein.

Einbezug von **Einzelpersonen** einerseits und **organisierter Zivilgesellschaft** andererseits bei Beteiligungsverfahren: Verfahren der Bürgerbeteiligung richten sich oft vorrangig an Einzelpersonen („die in der Stadt lebenden, vom Vorhaben betroffenen Menschen“). Daneben gibt es die organisierten zivilgesellschaftlichen Akteuren mit ihren Erfahrungen und Interessen - mit oft anderen Perspektiven und Schwerpunkten als die Einzelpersonen aus der Stadtgesellschaft. Beide Perspektiven sind wichtig.
Bei Beteiligungsverfahren wird dies z.B. durch Verbändebeteiligung (Verbände unter sich) berücksichtigt. Das hat jedoch Grenzen:
1) Der Aushandlungsprozesse sollten mit unterschiedlichen Perspektiven stattfinden können, d.h. Verbände sollten auch auf „nichtorganisierte“, „normale“, „einzelne Menschen" treffen können. Dies kann z.B. durch eine Koppelung mit einer Zufallsauswahl o.ä. geschehen.
2) Bei größeren Einheiten (Stadt, Land) können auch Verbände nicht sagen, dass sie alle Positionen, Perspektiven ihrer Mitglieder wirklich vertreten können. Daher ist es gut, auch noch andere Kreise mit anderen Perspektiven einzubinden.

Ausblick

Das ausführliche Sitzungsprotokoll bietet die Grundlage für die noch ausstehende spezifische Formulierung von Empfehlungen. Es ist zu prüfen, ob hierzu ein spezifisches Papier erstellt werden soll oder ob dies im Rahmen der Erarbeitungen eines umfassenderen Leitfadens für Kommunen aufgegriffen werden wird.

TOP 3: Bearbeitungsstand der bisherigen AG-Ergebnisse

Es wird über den Bearbeitungsstand zu den vergangenen AG-Schwerpunkten „Anerkennung & Wertschätzung“ und „Verwaltung & Politik & Bürgerschaft“ informiert. [Die Protokolle / Empfehlungstexte sind inzwischen fertiggestellt und veröffentlicht.]

TOP 4: Unser Konferenzvorhaben – Stand der Dinge und weitere Planungen

TOP 5: Bericht aus dem BBE

TOP 6: Verabredungen, die nächsten Termine …

TOP 7: Verschiedenes

Da die Ergebnisse zu den TOPs 4 bis 7 inzwischen durch die folgenden Treffen überholt sind, werden sie an dieser Stelle nicht mehr protokolliert. [der Protokollant – 20.11.2023]

Stadt Leipzig

Leipzig weiter denken

Auf dem Weg zur nachhaltigen Stadt

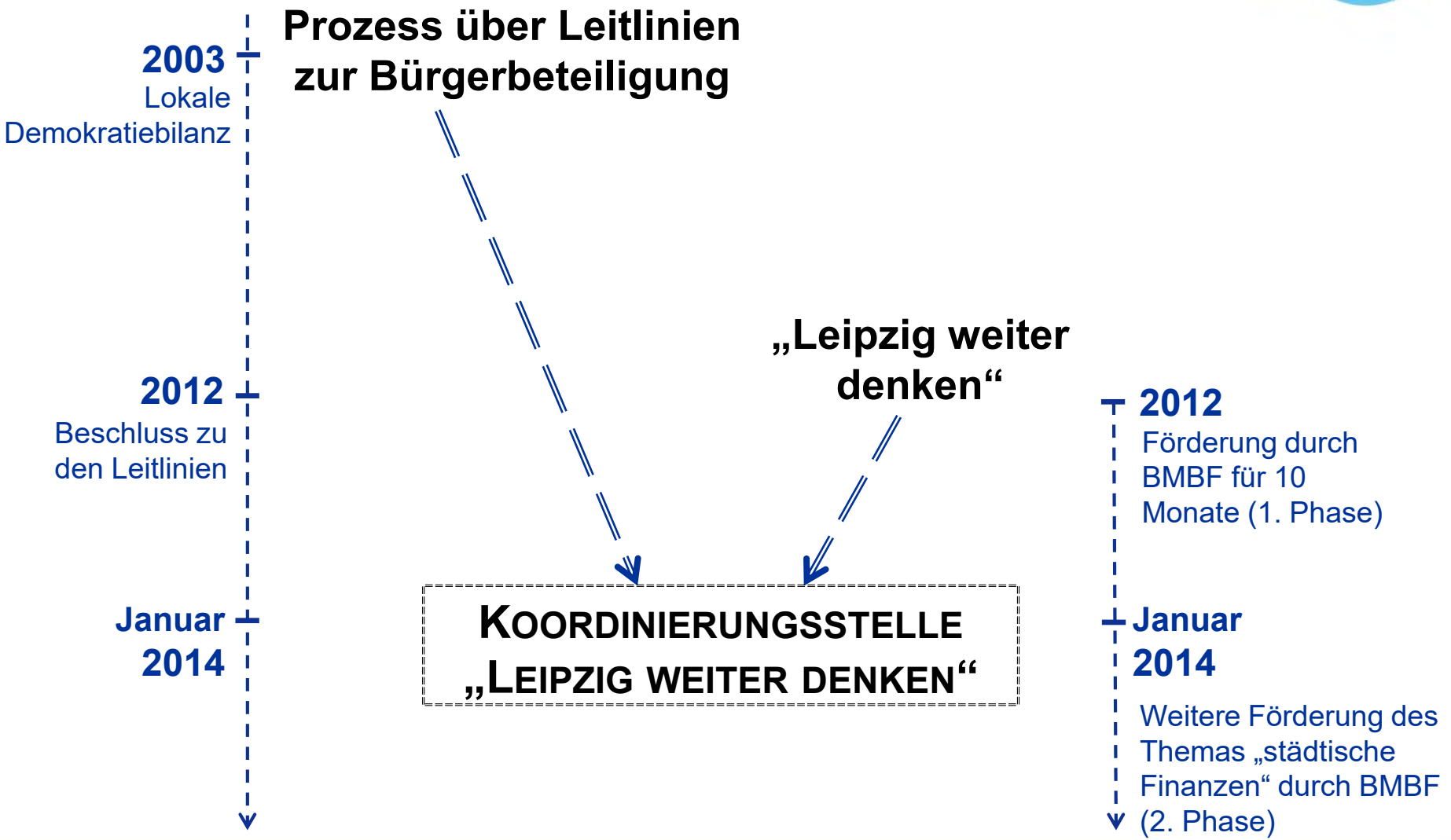
Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement „Leipzig weiter denken“

BBE-Arbeitsgruppe „Kommune und Engagement“

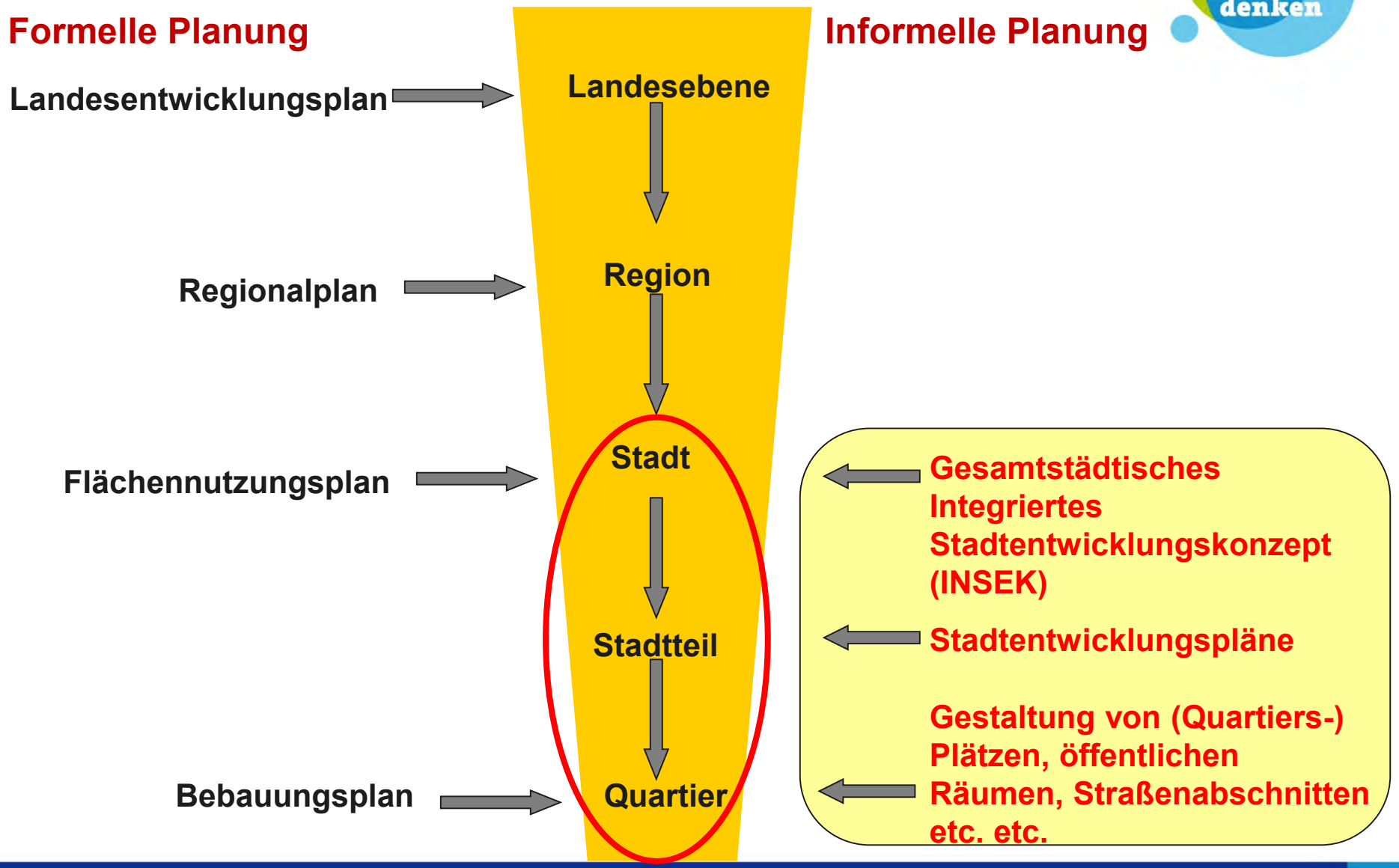
07. Juli 2022, 14:00 – 16:00 Uhr

Silvia Haas, Leitung Koordinierungsstelle

Entstehungsprozess Koordinierungsstelle



Wo kommen wir her?



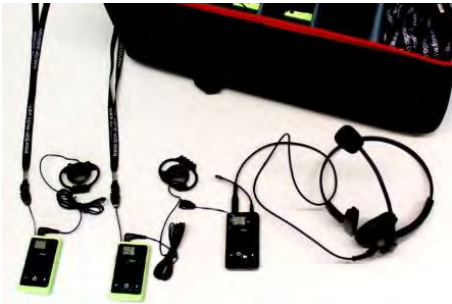
Was machen wir?

1. Beratung und Begleitung von Beteiligungsverfahren (methodisch, organisatorisch)
2. Beteiligungsveranstaltungen zu gesamtstädtischen Themen der Stadtentwicklung
3. Aufbau einer Infrastruktur, verwaltungsinterne Qualifizierung, Austausch und Vernetzung
4. Verknüpfung von Beteiligung und Engagementförderung
5. Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

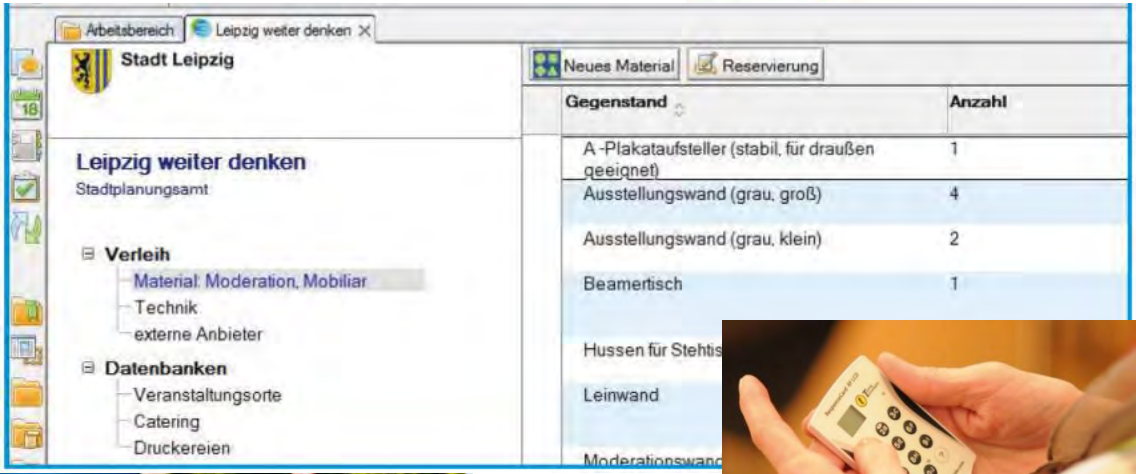
Beteiligungsveranstaltungen zu gesamtstädtischen Themen der Stadtentwicklung

Ausprobieren von neuen Ansätzen bei Veranstaltungen, der Vermittlung von Inhalten und Orten der Kommunikation

Aufbau einer Infrastruktur, verwaltungsinterne Qualifizierung, Austausch und Vernetzung

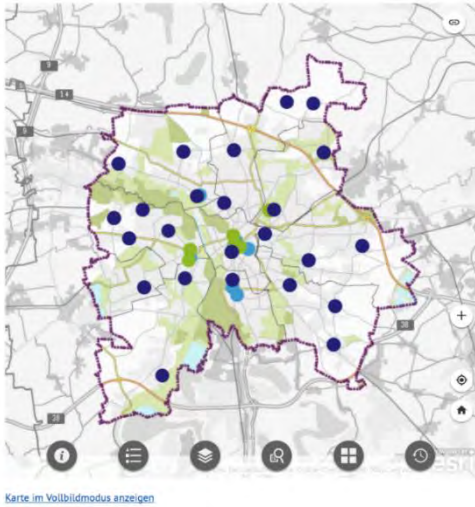


- Lotus Notes Datenbank
- Verleih von Materialien: Voting-System, Lastenfahrräder, etc.
- Hochwertiges Give-Away-Portfolio für ehrenamtlich Engagierte
- Online Beteiligungs-portal Sachsen
- Moderator:innenpool



Mehr Transparenz: Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

- **Website:**
  u.a Überblicksseite zu Informations- und Beteiligungsveranstaltungen
- **Newsletter:**
  Pflege und Weiterentwicklung



Engagement und Beteiligung zusammenbringen:

- gemeinsame Schnittstellen in die Verwaltung (u.a. über Stadtbüro)
- Interne Koordinierungsfunktion (z.B. verwaltungsinterne AG Engagement)
- Erprobung gesamtstädtischer Formate (z.B. Engagement.Impuls; Engagementmesse, Engagement.Campus)
- Aufbau der Landesförderung (KEB) als städtisches Instrument einer strategischen Engagementförderung in Leipzig
- Geschäftsführung des trialogisch besetzten Gremiums „Forum Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement“
- Ziel: Erarbeitung gesamtstädtische Engagementstrategie

Positive Erfahrungen

- Zentrale Koordinierungsstelle für beide Themen
  - Unterstützung und Beratungsleistung für die Verwaltung → Etablierung einer internen Kultur und Offenheit (Wirken nach Innen)
- Kontinuierliche Arbeit an den Themen: Öffentlichkeit und Transparenz
  - Kommunikation: z.B. Newsletter
  - Stadtbüro
- AG Engagement
  - Regelmäßiger fachübergreifender Austausch innerhalb der Verwaltung
- Forum „Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement“
  - Betrachtung und Diskussion von Beteiligungskonzepten und -themen aus unterschiedlichen Blickwinkeln (trialogische Besetzung)
  - Verzahnungsmöglichkeiten von BB + BE und Synergien werden sichtbar

Herausforderungen

- strukturell-organisatorisch bei der Bearbeitung unserer Aufgaben
  - Organisatorische Anbindung / Bespielung der Themen innerhalb der Verwaltung
  - Bewusstsein schaffen für diese Querschnittsaufgabe

- Förderstrukturen
  - Definition und Abgrenzung nötig bei vorhandenen Förderrichtlinien
  - Bedarf Förderansatz: gemeinwohlorientierte Lösung eines Problems mit BB + BE (anstelle getrennter Förderlogiken von BB und BE)

- Eigenlogiken der zusammenarbeitenden Strukturen
  - Arbeitszeiten, Tempo, Funktionsweisen
  - Umgang mit Komplexität / gesamtstrategische Ausrichtung

Thesen zur Diskussion

1. Bürgerbeteiligung wird in der Regel durch eine Kommune initiiert, gestaltet und - gewollt oder ungewollt - geprägt. Bürgerengagement ist selbstbestimmt, eigeninitiiert und anders motiviert. „Jede Beteiligung ist Engagement, aber nicht jedes Engagement ist Beteiligung.“

2. Verwaltung und Zivilgesellschaft besitzen unterschiedliche Ressourcen, Fähigkeiten und Legitimation. Ein Zusammenwirken im Sinne von Ko-Produktion nutzt letztendlich allen. Welche Stellschrauben aus der Praxis gibt es, damit das Zusammenwirken gelingt?

3. Beteiligungsansätze sind informeller Natur, also letztlich nicht verbindlich. Das mag Menschen davon abhalten sich zu engagieren. Dennoch setzt informelle Beteiligung oft da an, wo überhaupt keine formellen Verfahren geplant /notwendig sind und/ oder werden zunehmend auch formellen Verfahren vorgeschaltet.
   Wie schafft man Verbindlichkeit für den Umgang mit den Ergebnissen informeller Prozesse und welchen Beitrag leistet hier bürgerschaftliches Engagement?

Stadt Leipzig

Leipzig weiter denken

Auf dem Weg zur nachhaltigen Stadt

Mehr Informationen unter:
www.leipzig.de/weiterdenken